

Cornelsen, Doris

Article — Digitized Version

Die Wirtschaft der DDR in der Honecker-Ära

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Cornelsen, Doris (1990) : Die Wirtschaft der DDR in der Honecker-Ära, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 0340-1707, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 59, Iss. 1, pp. 70-79

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/140989>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Wirtschaft der DDR in der Honecker-Ära*

von Doris Cornelsen

Am 3. Mai 1971 wurde Erich Honecker 1. Sekretär der SED. In seiner Autobiographie „Aus meinem Leben“ schrieb er über die wirtschaftspolitische Bedeutung des Wechsels in der Führungsspitze: „Auf der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED im Dezember 1970 ... wurde das Fundament für eine Wirtschaftspolitik gelegt, die dann der VIII. Parteitag im Juni 1971 beschloß. Er leitete einen neuen Entwicklungsabschnitt in der Geschichte der DDR ein.“ Ende 1989 war nicht nur dieser Entwicklungsabschnitt, sondern auch die Herrschaft der SED in der DDR beendet. Am 18. Oktober wurde Erich Honecker von allen seinen Funktionen entbunden. Die SED hat ihre führende Rolle verloren, viele Mitglieder des ehemaligen Politbüros, auch Erich Honecker, stehen unter Anklage. Wirtschaftliche Schwierigkeiten, Tausende von Übersiedlern in die Bundesrepublik Deutschland und eine wachsende Unruhe in der Bevölkerung hatten diese Wende erzwungen.

1. Der Anfang

Der Beginn der Ära Honecker war ein Einschnitt in der Wirtschaftsgeschichte der DDR. Die 14. Tagung des ZK der SED 1970 und der VIII. Parteitag 1971 beendeten die Phase des ökonomischen Experiments (Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft — NÖS, Ökonomisches System des Sozialismus — ÖSS) und die ausgeprägte Strukturpolitik der späten Ulbricht-Ära. Die Grundvorstellungen des NÖS, begonnen 1963, hatten zum Ziel, das „bloße Administrieren“ durch ein System ökonomischer Hebel abzulösen. Die Volkswirtschaftspläne wurden durch weniger verbindliche Perspektivpläne ersetzt, die Betriebe konnten in gewissen Grenzen selbständig über ihr Produktionsortiment, über Gewinnerzielung und Gewinnverwendung entscheiden, die Zahl der vorgeschriebenen Kennziffern wurde erheblich reduziert. Das staatliche Instrumentarium konzentrierte sich vorwiegend auf die monetären Lenkungsmittel — Preis, Gewinn, Kredit, Zins. Die Strukturpolitik war darauf ausgerichtet, die Investitionen, insbesondere in ausgewählten Bereichen der Industrie, erheblich zu steigern. Im späteren Verlauf des NÖS wurden die „strukturpolitisch wichtigen“ Bereiche sogar von den Regelungen des NÖS ausgenommen und besonders gefördert. Zu diesen wichtigen Bereichen gehörten z.B. die Erdölchemie, die Veredlungsmetallurgie und die elektronische Datenverarbeitung. Nach den Vorstellungen von Ulbricht sollte damit eine Entwicklung eingeleitet werden, in der sich die modernste Technik über alle Bereiche und Zweige ausbreitet und überall ein hohes wirtschaftliches Wachstum möglich macht.

Der Erfolg dieser Strategie blieb aus. Es gab zunehmende Engpässe und Disproportionalitäten, ein nachlassendes Wachstum, das fast in eine Wirtschaftskrise mündete. Fazit nach 1971 war eine Rezentralisierung der Entscheidungen. Der Bewegungsspielraum der Betriebe und anderer mittlerer Instanzen wurde eingeschränkt, die direkte staatliche Lenkung verstärkt, die — in Grenzen freie — Investitionsentscheidung wieder aufgehoben, die Zahl der den Betrieben vorgegebenen Plankennziffern (z.B. für wichtige Konsumgüter nach Menge und Preis) erhöht und ein genereller Preisstopp verfügt. Die Konzeption der „führenden Industriezweige“ wurde auf dem VIII. Parteitag scharf kritisiert. Rückbesinnung auf die realen Möglichkeiten, planmäßige proportionale Entwicklung, harmonische Eingliederung jedes einzelnen Zweiges in die Gesamtwirtschaft wurden zum Leitmotiv erhoben. Als Hauptaufgabe wurde formuliert „die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität“. Die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung wurde das Gegenprogramm zu der Erhöhung der Investitionen.

Damit war der „neue Entwicklungsabschnitt“ komplett vorbereitet. Der Wirtschaftsmechanismus basierte wieder strikt auf zentralen Entscheidungen. Dazu paßte auch die zwangsweise Übernahme der noch vorhandenen Privatbetriebe der Industrie in Volkseigentum bis Mitte 1972. Die Strukturpolitik sollte die entstandenen Engpässe, insbe-

* Überarbeitete Fassung eines Artikels in: Revue d'étude comparatives est-ouest, No. 4/1989, Vol. XX.

sondere in der Energiewirtschaft, im Verkehr und in der Zulieferindustrie, ausgleichen und ansonsten Stabilität und Kontinuität sichern. Gleichzeitig wurde auf dem VIII. Parteitag die Aufgabe gestellt, die „Intensivierung“ zum Hauptweg des Wachstums zu machen, also die Produktion nicht durch entsprechenden Mehreinsatz aller Faktoren, sondern durch bessere Ausnutzung des Vorhandenen zu erhöhen. Ein Lösungsweg für diese grundsätzliche Veränderung des Wachstumsmusters wurde jedoch nicht gezeigt.

2. Wirtschaftliche Probleme

Ende 1973 gab es den ersten „Ölpreisschock“, an den sich Preissteigerungen auch für andere industrielle Rohstoffe anschlossen. Zuerst wurde die DDR von den Preissteigerungen nur bei dem Teil der Importe betroffen, den sie außerhalb des RGW-Raums bezog. Für die Abwicklung des Intra-blockhandels galten die Preisprinzipien weiter, auf die sich die RGW-Länder 1958 geeinigt hatten („Bukarester Prinzip“): Mittelfristig — fünf Jahre (Fünfjahrplanperiode) — konstante Preise; Preisbasis waren die Weltmarktpreise einer bestimmten Referenzperiode, bereinigt „vom schädlichen Einfluß der konjunkturellen Faktoren des kapitalistischen Marktes“. Danach wäre der Preisanstieg erst im Zeitraum 1976 bis 1980 fällig geworden. Auf Drängen der Sowjetunion, die als Lieferant von Roh- und Brennstoffen das stärkste Interesse an einer Preiskorrektur haben mußte, kam jedoch Anfang 1975 eine Neuregelung zustande: Jährliche Preis Anpassung gemäß dem Durchschnitt der Weltmarktpreise der jeweils vorangegangenen fünf Jahre, Erhöhung bereits 1975 auf der Preisbasis von 1972 bis 1974. 1979/80 gab es den nächsten Ölpreisschub. Bis zum Jahr 1981 hat sich der Erdölpreis gegenüber 1973 verzehnfacht (34,5 Dollar/Barrel gegenüber 3,4 Dollar/Barrel).

Da die Preissteigerung für Industriewaren weit hinter der Preissteigerung für Rohstoffe und Energieträger zurückblieb, verschlechterten sich für alle Industrieländer und auch für die DDR die „Terms of Trade“ (Veränderung der Exportpreise in Relation zur Veränderung der Importpreise). Die notwendigen Einfuhren wurden immer teurer, und zu ihrer Bezahlung mußten die Exporte immer mehr zunehmen. Erschwerend fiel ins Gewicht, daß der erste Ölpreisschock in den westlichen Ländern eine tiefgehende Rezession ausgelöst hatte. Protektionismus breitete sich aus und verringerte die Absatzchancen auf den dortigen Märkten. So erhöhten sich die Handelsbilanzdefizite der DDR gegenüber dem Westen in fast jedem Jahr. Der Nettoschuldenstand gegenüber dem westlichen Ausland nahm in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mit jährlichen Raten von mehr als 20 vH zu. Nach der Änderung der Preisbildungsprinzipien im RGW-Raum stiegen auch hier die Rohstoffpreise, wenn auch — wegen der Durchschnittspreisbildung — verzögert gegenüber den

Weltmarktpreisen. Wie verlautet, hat die Sowjetunion den kleineren RGW-Ländern damals zugestanden, sie könnten die Hälfte der Preiserhöhungen durch Kredite decken. Jedenfalls belief sich das Defizit in der Warenbilanz der DDR gegenüber der Sowjetunion in den Jahren 1975 bis 1980 (nach der sowjetischen Statistik) auf insgesamt 2,5 Mrd. Transfer-Rubel.

Nach der faktischen Zahlungsunfähigkeit von Polen und Rumänien im Jahr 1981 wurde die Lage für die DDR brisant. Zweifel an der Zahlungsfähigkeit aller RGW-Länder tauchten auf. Die Geschäftspolitik der westlichen Banken gegenüber den sozialistischen Ländern veränderte sich abrupt; fällige Kredite konnten kaum noch verlängert werden. Schreckensmeldungen über den zu erwartenden Umfang der künftigen Verschuldung, die aus einer einfachen Fortschreibung der Entwicklung resultierten, ließen die Bonität der DDR zeitweilig ins Bodenlose sinken.

Um das Defizit in der Leistungsbilanz zu reduzieren, mußte die Importsteigerung gedrosselt und das Exportwachstum erhöht werden. Beides verringerte das für das Inland zur Verfügung stehende Güterangebot und verschlechterte die Bedingungen für das weitere wirtschaftliche Wachstum.

3. Leitung und Planung: „Reform in kleinen Schritten“

Eine erste ausführliche offizielle Analyse der Wirtschaftsentwicklung nach den veränderten Weltmarktbedingungen wurde auf der 13. Tagung des ZK der SED im Dezember 1974 gegeben. Zu den Schlußfolgerungen gehörte, die Importe aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet zu reduzieren, sich auf die eigenen Rohstoffvorkommen zu konzentrieren, den Materialeinsatz rationeller zu gestalten und die Produktion von Investitionsgütern (für Inland und Export) zu erhöhen. Damals wurde auch der Beschluß des Politbüros bekannt, die — bereits für überholt gehaltene — carbochemische Nutzung der Kohle im Raum Leipzig weiterzuführen. Mit Nachdruck wurde Ende Oktober 1975 anlässlich einer Beratung des Sekretariats des Zentralkomitees mit den ersten Sekretären der Kreisleitungen der SED die Notwendigkeit der Intensivierung hervorgehoben. Die anstehenden Aufgaben wurden in zehn Punkten zusammengefaßt, die sich überwiegend auf die rationellere Nutzung aller Ressourcen konzentrierten. Punkt eins war die Aufgabe, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu beschleunigen und seine Ergebnisse besser zu verwerten. Ähnliche zehn Punkte wurden dann auf dem X. Parteitag 1981 als „Ökonomische Strategie für die achtziger Jahre“ formuliert und auf dem XI. Parteitag 1986 unter der Überschrift „Die ökonomische Strategie mit dem Blick auf das Jahr 2 000“ bekräftigt.

Die Einführung konkreter Maßnahmen begann langsam. Noch 1974 konzentrierte man sich auf die Aktualisierung von Materialverbrauchsnormen und die Verstärkung der Rolle der zentralen Instanzen. Ein wichtiger Schritt wurde 1976 getan. Mit der Anpassung der inländischen Preise an die veränderten Weltmarktpreise wurden die Betriebe in der DDR mit den neuen Weltmarktbedingungen konfrontiert. Die Veränderungen in der Preisbildung sind danach kaum abgerissen. Ein Meilenstein auf dem Gebiet der Strukturpolitik war der Beschluß der 6. Tagung des ZK der SED im Juni 1977 zur Entwicklung der Mikroelektronik. Der X. Parteitag mit dem Schwerpunkt Mikroelektronik und Robotertechnik und der XI. Parteitag mit der Ausweitung auf die „Schlüsseltechnologien“ haben diesen Ansatz weitergeführt. 1979/80 wurden die Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) aufgelöst und durchgängig Kombinate gebildet, die von da an als entscheidend für die Weiterentwicklung der Planwirtschaft („Rückgrat der Planwirtschaft“) angesehen wurden.

Seit Beginn der achtziger Jahre wurde versucht, die erkennbaren Schwachstellen im Wirtschaftsmechanismus mit ständigen kleinen Veränderungen der direkten und indirekten Steuerung zu reparieren. Stichwort dazu war erstens das „Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung“: Kostenbewußtsein und Rentabilität sollten einen höheren Stellenwert bekommen. Zweitens war es das „Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel“: die Investitionen sollten vom Gewinn abhängig gemacht werden. Diese „Reform in kleinen Schritten“ ist aber nirgends über den Rahmen des bestehenden zentralistischen Systems hinausgegangen.

4. Kombinarsbildung

1979/80 wurde die Organisation der DDR-Industrie entscheidend verändert. Bis dahin gab es zwischen den einzelnen volkseigenen Betrieben und den Industrieministerien eine mittlere Leitungsebene, die Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB). Dieser dreistufige Aufbau wurde abgeschafft. Die Industriebetriebe wurden nach Produktionsschwerpunkten zu großen Kombinatzen zusammengefaßt und diese dem zuständigen Industrieminister unterstellt. Ziel der gesamten Organisationsreform war es, den Produktionsprozeß im Kombinat von der Forschung bis zu Produktion und Absatz unter eine einheitliche Leitung zu stellen:

- Forschungseinrichtungen, die früher überwiegend außerhalb der Produktionsbetriebe standen, wurden in die Kombinate einbezogen. Davon erwartete man eine praxisnahe Aufgabenstellung und eine schnelle Überführung der Forschungsergebnisse in die Produktion.
- Zulieferbetriebe wurden in die Kombinate eingegliedert oder im Kombinarsrahmen neu errichtet. Das sollte den ständigen Engpaß bei den Zulieferungen beseitigen.

- Schließlich wurden die Außenhandelsbefugnisse der Kombinate erweitert, um die Exportergebnisse zu verbessern.

Für die Außenwirtschaft hat die Kombinarsreform besonders große Änderungen gebracht. Die strikte organisatorische Trennung zwischen Produktion und Außenhandel wurde beseitigt. Statt der fast ausschließlich dem Ministerium für Außenhandel unterstellten Außenhandelsbetriebe (AHB) wurde eine differenzierte Absatzorganisation von spezialisierten AHB geschaffen. Dem Ministerium für Außenhandel allein unterstanden nur noch wenige. Ein Teil der AHB wurde Kombinatzen direkt unterstellt und zu deren Absatzorgan. Ein anderer Teil kam in die Verantwortung der Industrieministerien; diese AHB wurden in der Mehrzahl in Außenhandelsbereiche (Firmen) aufgegliedert und Kombinatzen zugeordnet. Alle AHB blieben allerdings hinsichtlich ihrer Außenhandelstätigkeit auch weiterhin dem Ministerium für Außenhandel unterstellt („doppelte Unterstellung“).

1988 zählte die zentralgeleitete Industrie der DDR

- 126 Kombinate
- mit jeweils 20 bis 40 Betrieben
- mit durchschnittlich mehr als 20 000 Beschäftigten.

Auch die bezirksgeleitete Industrie ist zu Kombinatzen zusammengefaßt worden. 1988 gab es dort 95 Kombinate mit durchschnittlich rund 2 000 Beschäftigten. Auch in anderen Bereichen wurden Kombinate gebildet, z.B. im Bauwesen.

Die einzelnen zu Kombinatzen zusammengeschlossenen Betriebe blieben — laut Kombinarsverordnung — rechtlich selbständige Einheiten mit eigenen finanziellen Fonds. Der Generaldirektor hatte jedoch im Vergleich zum Generaldirektor der früheren VVB größere Eingriffsrechte in das betriebliche Geschehen, er konnte die Planvorgaben, die Verwendung der erwirtschafteten Mittel das Produktionsprogramm beeinflussen.

Die Kombinate sind z.T. zu autarken Wirtschaftseinheiten ausgebaut worden. Wichtige Zulieferungen und ein Teil der Investitionen wurden im Kombinarsrahmen hergestellt. Dazu haben die Betriebe einen eigenen Rationalisierungsbau sowie eigene Bauabteilungen eingerichtet.

Der „Kombinatseffekt“, den man von dieser Neuorganisation erwartete, ist in vielen Fällen sicherlich auch eingetreten. Die Kombinate als große Wirtschaftseinheiten waren für eine Planwirtschaft besser zu überblicken; der Zugriff des Kombinarsdirektors — auf Zulieferungen, Forschungseinrichtungen, Absatzorganisation — hat den Produktionsablauf verbessert. Ein beachtliches Argument gegen die Kombinate ist jedoch ihre Größe und ihre Monopolstellung. Sie waren überwiegend Alleinhersteller ihrer Produkte, nur bei Braunkohle, Mineralöl, Möbeln und Bekleidung gab es mehr als ein Kombinat. Auch ist bei dieser Strategie der Aufbau einer differenzierten, innovativen Zulieferindustrie vernachlässigt worden. Diese

Nachteile waren bald größer als der Vorteil der leichteren Planbarkeit.

5. Direkte Steuerung

Das zentrale Instrument zur Lenkung der Produktion waren die Plankennziffern, sie dienten zugleich der Erfolgskontrolle. Bis Ende der siebziger Jahre dominierte in der Planung und Abrechnung die industrielle Warenproduktion. Diese Kennziffer war ein Ausdruck für die Bruttoproduktion: Einsatz von Material und anderen Vorleistungen + Wertschöpfung der Betriebe = industrielle Warenproduktion (vereinfacht). Weil die Erzeugnissepreise an die Produktionskosten gekoppelt waren (Preis = Kosten + Gewinnzuschlag), hatte die Kennziffer Warenproduktion eine verhängnisvolle Konsequenz: Die Betriebe setzten mehr Rohstoffe und Vorerzeugnisse ein, weil damit der Wert — in der Realität häufig aber nur die Kosten — des Endprodukts erhöht und die Planerfüllung erleichtert wurde. Die Folgen waren Materialverschwendung und eine „aufgeblähte inner- und außerbetriebliche Kooperation“. Als neues Steuerungskonzept wurden seit 1980 mehrere „Hauptkennziffern der Leistungsbewertung“ aus der Gesamtsumme der Kennziffern herausgehoben. Seit 1984 waren es Nettoproduktion, Nettogewinn, Erzeugnisse und Leistungen für die Bevölkerung, Export. Die Zahl aller Kennziffern wurde sukzessive erhöht. Anfang der achtziger Jahre galten für die Jahresplanung der zentralgeleiteten Industrie (einschl. Unterpositionen) etwa 90 Kennziffern, zuletzt waren es rund 200.

Ein zweites wesentliches Instrument der direkten Steuerung war die Bilanzierung. In einem umfangreichen System von Bilanzen wurden Aufkommen und Verwendung der Ressourcen und Produkte auf allen Verarbeitungsstufen erfaßt und verteilt. Mit der Entscheidung über die Bilanzen wurde der Rahmen für Wachstum und Strukturentwicklung der Volkswirtschaft eindeutig abgesteckt. Die Betriebe erhielten ihre Zuteilungen („Bilanzanteile“) von Rohstoffen, Vorerzeugnissen und Investitionen in Abstimmung mit den Plankennziffern; ihre Bewegungsfreiheit war damit nur gering. Dieses Instrument ist nicht verändert worden. Man hat lediglich versucht, mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung eine rechnergestützte Bilanzierung zu entwickeln.

Die zentrale Planung und die Bilanzierung waren ein wesentlicher Grund für die geringe Leistung der DDR-Wirtschaft. Die Planung richtete das Interesse der Betriebe in erster Linie auf Planerfüllung: Qualität, Nachfrageorientierung, Innovationen blieben dabei auf der Strecke, weil sie naturgemäß mit mehr Aufwand und mit Risiken verbunden waren und damit die Planerfüllung in Gefahr bringen konnten. Das starre Gerüst der Bilanzierung und die bürokratischen Prozeduren führten in der Praxis zu zahlreichen Friktionen, die um so stärker ins Gewicht fielen, je mehr Vorlieferungen direkt oder indirekt am Endprodukt beteiligt waren.

6. Preispolitik

In der Preispolitik sind zahlreiche Änderungen vorgenommen worden:

- Planmäßige Industriepreisänderungen (seit 1976);
- Umstellung der staatlichen Kalkulationsrichtlinien zunächst auf das Preis-Leistungs-Verhältnis (1976 bis 1983), dann auf den Aufwandpreis (seit 1984);
- Bestimmung von Preisobergrenzen (1984);
- neue Grundsätze für die Verbraucherpreise (1979);
- eine Agrarpreisreform.

Weitere Veränderungen waren:

- die Einführung des Beitrags für gesellschaftliche Fonds, der die Lohnkosten beträchtlich erhöht hat. Der Steuersatz beträgt 70 vH der tatsächlich gezahlten Lohn- und Gehaltssumme. Der Beitrag wurde 1984 in der zentralgeleiteten Industrie eingeführt. Seit 1985 ist er auch von der bezirksgeliteten Industrie, der Bau-, Nahrungsgüter- und Wasserwirtschaft zu entrichten; 1986 kamen das Verkehrswesen, die Forstwirtschaft u.a. dazu.
- die Umbewertung der Grundmittel nach den von 1986 an geltenden Preisen, die zu höheren Abschreibungen führte.

Mit planmäßigen Erhöhungen der Industriepreise wurde 1976 begonnen, um die Steigerung der Weltmarktpreise im Inland wirken zu lassen. Zunächst waren nur Rohstoffe und rohstoffintensive Erzeugnisse betroffen. Die Kostensteigerungen durften von den Betrieben nicht an die Abnehmer weitergewälzt werden, vielmehr wollte man sie zur Einsparung der nun teurer gewordenen Produkte anhalten. Wo dies wegen des Umfangs der Preiserhöhungen nicht gelingen konnte, gab es einen Ausgleich über den Staatshaushalt, und zwar durch Herabsetzung bestimmter Abgaben und/oder durch verschiedene Formen von (direkten) Subventionen. Später folgten sukzessive planmäßige Preissteigerungen auf weiteren Produktionsstufen, bis die Welle der Preiserhöhungen bei den Endprodukten angekommen war. Gleichzeitig hatten bereits neue „Preiswellen“ bei Rohstoffen begonnen. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre wurden die Preise praktisch auf allen Ebenen gleichzeitig geändert. 1985 wurden z.B. mehr als 100 Preisanordnungen in Kraft gesetzt. Darin wurden die Produktgruppen aufgezählt, für die neue Preise gelten, der Umfang der Erhöhungen ist nur für einige Beispiele bekannt:

Erzeugnis	Einheit	1976	1986
Erdöl	M/t	105	830
Rohbraunkohle	M/t	10	26
Rohstahl	M/t	510	1 549
Primäraluminium	M/t	3 085	10 050
Elektroenergie	Pf/kWh	10	16
Schnittholz	M/m ³	230	561
Wolle	M/t	17 520	56 782
Garne/Zwirne	M/t	11 110	20 850
Häute/Felle	M/kg	2	6

Die planmäßigen Preiserhöhungen betrafen grundsätzlich nur den Unternehmensbereich. Der private Verbrauch war ausgenommen. Subventionen oder Veränderung der Steuersätze sicherten konstante Verbraucherpreise. Im Zuge der planmäßigen Preiserhöhungen auf der Betriebsebene gerieten offenbar immer mehr Verbrauchsgüter in den subventionierten Bereich. Auf der 11. Tagung des ZK der SED Ende 1979 wurde daraus eine Konsequenz gezogen: Nur der „Grundbedarf“ sollte im Preis konstant bleiben. Der „höherwertige Bedarf“ sollte mit dem Preis die Kosten decken und Gewinne und Steuern abwerfen. Der Preis für solche Güter — z.B. Schuhe, Möbel — ist von da an erheblich gestiegen.

Besonders experimentiert wurde mit der Preisbildung von Neuerungen. Ziel war, den Betrieben einen finanziellen Anreiz für Neuentwicklungen zu geben. In den Jahren 1976 bis 1983 galt für neue und verbesserte Produkte die Preisbestimmung nach dem „Preis-Leistungs-Verhältnis“. Die Preise für neue Produkte wurden festgelegt, indem man ihre Gebrauchswertverbesserung gegenüber vergleichbaren Erzeugnissen ermittelte. Dem Hersteller wurden dabei 70 vH des Nutzenvorteils des neuen Produkts im Preis zugestanden, 30 vH des Nutzenvorteils gingen an den Verwender. Die Regelung scheiterte, weil objektive Maßstäbe zur Gebrauchswertmessung fehlten. Ende 1983 gab man dieses Verfahren auf.

Die von Anfang 1984 an geltende Kalkulationsrichtlinie stellte den Aufwand in den Mittelpunkt. Die Preise neuer Erzeugnisse wurden nach der Höhe der kalkulationsfähigen Kosten zuzüglich eines normierten Gewinns festgelegt. Für verbesserte Produkte wurden Extragewinne zugestanden. Obergrenzen für Kosten und Preise mußten bereits in der Entwicklungsphase der neuen Produkte festgelegt werden. Von 1986 an durften die Preise + Extragewinne im Jahr der Einführung der Produkte und im ersten Folgejahr die Preisobergrenzen überschreiten, dies war bis 1985 ausgeschlossen. Die Extragewinne wurden nur für zwei Jahre gewährt (bis 1985: drei Jahre). Außerdem mußte schon bei der Produkteinführung bestimmt werden, wann und in welchem Umfang Preisabschläge wegen des Veraltens der Erzeugnisse einsetzen.

Eine Stimulierung von Neuerungen ist letztlich aber nicht erreicht worden. Vielmehr haben viele Betriebe mit Hinweis auf „neue“ oder „weiterentwickelte“ Produkte ihre Preise erhöht, ohne daß dies tatsächlich durch Neuigkeitsgrad oder Qualität gerechtfertigt war.

Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in der DDR gehorchten von jeher besonderen Regelungen. Sie sollten zur Mehrproduktion anregen und außerdem den in der Landwirtschaft Beschäftigten ein angemessenes Einkommen sichern. Diese Konzeption führte zu relativ hohen Erzeugerpreisen. Da außerdem ein niedriges Verbraucherpreisniveau beibehalten wurde, erforderte sie hohe Verbraucherpreisstützungen.

Von den Auswirkungen der planmäßigen Industriepreiserhöhungen wurde die Landwirtschaft zunächst abgeschottet. Sie erhielt Maschinen, Düngemittel, Energie u.a. nach wie vor zu den alten Preisen. Dabei erhöhten sich die Subventionen des Staatshaushalts für landwirtschaftliche Vorleistungen von Jahr zu Jahr. Ein Ende dieser Entwicklung wurde schon auf dem X. Parteitag 1981 angekündigt, nach einer Experimentierphase wurden Anfang 1984 neue Regelungen in Kraft gesetzt:

- Die speziellen Subventionen für landwirtschaftliche Produktionsmittel wurden gestrichen. Die Landwirtschaft hatte nunmehr die gleichen Preise für Vorleistungen zu zahlen, die auch für andere Zweige der Volkswirtschaft galten.
- Gleichzeitig wurden entsprechend höhere Erzeugerpreise für Agrarprodukte festgesetzt.

Die Agrarpreisreform sollte keine Auswirkungen auf das Verbraucherpreisniveau haben. Die Subventionen für Lebensmittel mußten also erhöht werden. Somit ergab sich für den Staatshaushalt lediglich eine Verlagerung der Subventionierung von der Ebene der Vorleistungen für die Landwirtschaft auf die Ebene der Verbraucherpreise.

Insgesamt ist der Grundsatz langfristig konstanter Preise im Bereich der Produktion aufgegeben worden, und es wurde versucht, die Preisstruktur im Inland an die Relationen auf dem Weltmarkt anzupassen. Allerdings wurde diese Veränderung nicht konsequent durchgesetzt, vielmehr ist ein fast undurchdringliches Dickicht von Subventionen und Preisstützungen entstanden. Die Preise konnten auf diese Weise keine Steuerungsfunktion in der Wirtschaft übernehmen.

7. Struktur- und Forschungspolitik

Die zentrale Strukturplanung in der DDR war immer darauf ausgerichtet, das Vorhandene zu bewahren und das Produktionssortiment in aller Breite zu entwickeln. Strukturveränderungen in der Wirtschaft sind nur marginal. Diese Strategie hing sicherlich mit der ungenügenden Einbindung in die internationale Arbeitsteilung zusammen. Schwerpunkte im Rahmen dieser konservierenden Strukturpolitik waren z.B. die Konzentration auf die heimische Braunkohle und die Forcierung der modernen Technologie.

Die Rückbesinnung auf die heimische Braunkohle war die Folge der Preisentwicklung bei Energierohstoffen auf dem Weltmarkt. Ursprünglich war auch die DDR dem weltweiten Trend gefolgt und hatte zunehmend Mineralöl eingesetzt. Die Einfuhr stieg in den sechziger Jahren von 2 Mill. t (1960) auf 9 Mill. t (1969), von 1970 bis 1979 hat sie sich nochmals (auf rund 21 Mill. t) verdoppelt. Eine parallele Entwicklung nahm der Inlandsverbrauch. Die Preisentwicklung, aber auch die Begrenzung der Liefermengen aus der Sowjetunion haben diesen Trend ge-

stoppt. Die Einfuhr von Mineralöl blieb in den achtziger Jahren bei rund 23 Mill. t jährlich. Darüber hinaus wurden drastische Sparmaßnahmen eingeführt, um den Inlandsverbrauch zu reduzieren. Während auf dem Höhepunkt 1978 noch rund 18 Mill. t verbraucht worden sind, waren es Mitte der achtziger Jahre nur noch rund 11 Mill. t. Das übrige — z.T. auch aus der Sowjetunion stammende — Erdöl versetzte die DDR in die Lage, Mineralölprodukte und Rohöl in die westlichen Länder zu verkaufen und damit die Handelsbilanz ins Positive zu wenden.

Für die Deckung des Inlandsverbrauchs kehrte man zur Braunkohle zurück, und zwar nicht nur für die Energieerzeugung, sondern auch für die Weiterverarbeitung (als chemischer Rohstoff). Viele Verfahren der Kohleveredlung (Schwelereien, Kokereien, Vergasung) wurden neu belebt. Gleichzeitig wurden die Produktionsziele für Braunkohle erhöht. In den siebziger Jahren hatte die jährliche Förderung bei rund 250 Mill. t gelegen, 1984 wurden schon fast 300 Mill. t gefördert. Der Anteil der Braunkohle am Primärenergieverbrauch stieg wieder auf 70 vH (1978: 63 vH). Die Kehrseite der Medaille waren die hohen Kosten und die beträchtliche Umweltbelastung, die mit der Förderung und Verwendung von Braunkohle verbunden waren.

Die Förderung der modernen Technologie ist unter dem Gesichtspunkt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit für ein Industrieland selbstverständlich. Auch die DDR als kleines Land mit großer Außenhandelsabhängigkeit mußte Technologien entwickeln und einführen, die auf den Weltmärkten konkurrenzfähig sind. Die Notwendigkeit der eigenen Entwicklung wurde z.T. auch durch die Embargobestimmungen des Cocom erzwungen.

In der Mikroelektronik begann die Entwicklung 1977. Forschungsstätten wurden geschaffen und neue Produktionsanlagen in Betrieb genommen. Zu Beginn der achtziger Jahre ist gut ein Drittel der Investitionen im Bereich des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik in diese Betriebe geflossen, die Produktion von Kleinrechnern und Personalcomputern wurde angekurbelt. Im Herbst 1988 wurde ein in der DDR entwickelter 1-Megabit-Speicherschaltkreis vorgestellt. Dabei wurde erwähnt, daß der Bereich Mikroelektronik bereits 14 Mrd. M gekostet hat. Verglichen mit dem internationalen Niveau blieb die DDR aber erheblich zurück; auch war die Produktion zu teuer und verschlang große Subventionen. Eine Ausbreitung der neuen Technik in allen Bereichen ist nicht eingetreten; es gab nur wenige „Insellösungen“ in einer sonst vielfach veralteten Struktur.

Organisation und Planung des technischen Fortschritts wurden häufig verändert. Zunächst wurden die von Ulbricht geförderten Großforschungszentren als unzureichend verworfen. Die betriebsexterne Forschung in Zentralinstituten und Einrichtungen der VVB (Projektierungsbetriebe, Ingenieurbüros, wissenschaftlich-technische Zentren, Industriezweiginstiute) behielt aber ein relativ

großes Gewicht. Das rigorose Prinzip der Auftragsfinanzierung wurde eingeschränkt. Die Finanzierung der Grundlagenforschung aus dem Staatshaushalt sollte wieder ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung hersteilen.

Mit der Kombinatbildung 1979/80 wurden die Forschungskapazitäten in die Kombinate einbezogen. Die Planung und Durchführung von Forschung und Entwicklung trug allerdings immer stark bürokratische Züge. Pflichtenheft, Erneuerungspaß, Gesamtrechnung und Jahresabschlußrechnung waren für jedes Forschungsvorhaben obligatorisch, Weltstandsvergleiche, technische Daten, erwartete und realisierte Ergebnisse waren zu dokumentieren.

Auftragsfinanzierung und angewandte Forschung wurden 1984 wieder aufgewertet. Die Arbeit der Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen wurde nicht mehr allgemein vom Kombinat finanziert, vielmehr sollten die Forschungsergebnisse vom Betrieb bezahlt werden. Für „Spitzenleistungen“ gab es Extragewinne, die z.T. in die Prämienfonds der Forschungseinrichtungen flossen. Von 1986 an wurde eine enge Kooperation zwischen den Betrieben und Kombinat und den Forschungseinrichtungen (Akademie der Wissenschaften, Hochschulen) vorgeschrieben. Sie sollte die Forschungsinstitute stärker an der Praxis, aber auch die Betriebe stärker an der Grundlagenforschung interessieren und den Technologietransfer fördern. Die Zusammenarbeit wurde mit Wirtschaftsverträgen geregelt (Koordinierungsvertrag als Rahmenvereinbarung, Leistungsvertrag über konkrete Projekte). Aus diesen Vertragsbeziehungen sollten die Institute mindestens die Hälfte ihrer gesamten Aufwendungen decken. Die Finanzierung aus dem Staatshaushalt sollte sich auf die Grundlagenforschung und wichtige zweigübergreifende Projekte beschränken.

Insgesamt hatte die Struktur- und Forschungspolitik der DDR große Schwächen. Die Aufrechterhaltung des gesamten Produktionssortiments und die gleichzeitige Förderung von Schwerpunkten überstieg die Investitionskraft des relativ kleinen Landes und führte insgesamt bestenfalls zu mittelmäßigen Resultaten. Dies galt auch für das sehr breite Forschungsprogramm. Im Bündel der installierten Maßnahmen zur Förderung von Forschung und Entwicklung dominierten außerdem die bürokratischen Regelungen, Risikofreude und Kreativität wurden unterdrückt.

8. Investitionspolitik und das „Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel“

Zu den letzten Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus der DDR gehörte die Einführung der „Eigenerwirtschaftung der Mittel“: Die Betriebe sollten ihr Anlage- und Umlaufvermögen aus eigener Kraft finanzieren.

Damit wurde ein Instrument wiedereingeführt, das schon zu den Elementen des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) in den sechziger Jahren gehört hatte.

Bei den Investitionen hatten sich schon länger die Defizite einer „von oben“ bestimmten Zuteilung gezeigt. Die Verteilung der Investitionsmittel glich ständig dem allseitigen Zerrn an einer zu kurzen Decke, bei dem einige Bereiche immer wieder leer ausgegangen sind. Häufig konnten nicht einmal die verbrauchten Anlagegüter ersetzt werden; viele Anlagen waren alt und verschlissen. Als erstes Instrument zur Ergänzung der zentralen staatlichen Planung wurde seit Mitte der siebziger Jahre der „Eigenbau von Rationalisierungsmitteln“ propagiert. Die Betriebe sollten sich ihre notwendigen Ausrüstungen soweit wie möglich selbst fertigen. Dieses Konzept hat verständlicherweise die Lücken nur zum Teil ausfüllen können, weil die Voraussetzungen dafür in vielen Industriezweigen gar nicht entwickelt werden konnten. Das zweite Instrument war dann die „Eigenerwirtschaftung der Mittel“.

Vorher gab es einen aus verschiedenen Finanzierungsquellen gespeisten Investitionsfonds. Die Entscheidungsbefugnisse über Investitionen lagen aber in der Hand zentraler Instanzen. Die schließlich zugeteilten Investitionen wurden quasi automatisch aus dem Staatshaushalt, aus Krediten und zu einem vorgeschriebenen Anteil aus dem Investitionsfonds finanziert. Die Finanzmittel derjenigen Betriebe, denen nur geringe oder gar keine Investitionen zugeteilt wurden, sind in der Regel vom Staatshaushalt abgeschöpft worden. Deshalb war das Interesse der Betriebe an zusätzlichen Mitteln zur Investitionsfinanzierung gering.

Mit der Eigenerwirtschaftung sollten die Investitionstätigkeit vom Gewinn abhängig gemacht und der Entscheidungsspielraum der Betriebe vergrößert werden. Aus der Wirkungskette: Gewinn — Investitionen — höhere Leistungen — mehr Gewinn, erhoffte man eine breite Steigerung der Produktion und der Produktivität.

Das Prinzip der Eigenerwirtschaftung hatte zwei Varianten. Eine begrenzte Anwendung galt seit Anfang 1988 für die überwiegende Zahl der Kombinate. Neben dem allgemeinen Investitionsfonds sollte ein spezieller Fonds aus Abschreibungen und Gewinnen gebildet werden. Die Mittel konnten für Investitionsprojekte bis zu maximal 5 Mill. Mark verwendet werden. Für die Realisierung sollte auf den eigenen Rationalisierungsmittelbau zurückgegriffen werden.

Die erweiterte Anwendung der Eigenerwirtschaftung galt seit Anfang 1989 für bestimmte Kombinate, insbesondere für die 16 „Experimentierkombinate“, die schon seit 1988 unter besonderen Regeln arbeiteten. Hier entfielen die Wertbegrenzung (5 Mill. Mark) und die enge Verknüpfung mit dem „Eigenbau“. Vorgesehen war, die erweiterte Lösung bei der Eigenerwirtschaftung bis 1995 auf sämtliche Kombinate auszudehnen.

Zur weiteren Struktursteuerung von oben wurde als neues Instrument der Staatsplan Investitionen geschaffen. Er enthielt 1989 287 Projekte, die ein Fünftel des gesamten Investitionsvolumens oder — gemessen an den Investitionen der Industrie — gut 30 vH ausmachten. Finanziert wurden diese Vorhaben aus Mitteln des Staatshaushalts, aus Krediten und aus dem Investitionsfonds der jeweiligen Betriebe.

Der Grundgedanke der Eigenerwirtschaftung war, „die Entscheidungen auf diejenige Ebene zu bringen, auf die sie von der Sache her hingehören“. Allerdings war der neue Entscheidungsspielraum der Kombinate nur eine isolierte Regelung in einem Umfeld, in dem die sonstigen planwirtschaftlichen Rahmenbedingungen unverändert geblieben sind. Der Staat behielt über das Bilanzierungssystem die grundlegende Verteilung der Ressourcen in der Hand, es gab weiterhin Planungs- und Kontrollmechanismen bei der Festlegung der Projekte. Damit ist die Chance für die Wirksamkeit der Regelungen von Anfang an verringert worden.

9. Wirtschaftsentwicklung und „Hauptaufgabe“

Die ersten fünf Jahre der Honecker-Ära standen deutlich unter dem Zeichen der Konsolidierung. Geplant war die Beseitigung der Engpässe: Ausbau der Rohstoff- und Energiebasis, Sicherung der Proportionen zwischen Zulieferindustrie und Endproduktion. Als „Hauptaufgabe“ galt, die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern. Zunächst ergaben sich noch größere Disproportionen, dann aber ist die Entwicklung in vielen Bereichen günstiger gewesen, als die Wirtschaftsführung zur Zeit der Aufstellung des Fünfjahrplans erwartet hat.

Die Fünfjahrplanperiode 1976 bis 1980 war von großen Veränderungen gekennzeichnet. Wichtige wirtschaftspolitische Beschlüsse (neue strukturpolitische Schwerpunkte, planmäßige Preiserhöhungen auf der Betriebsebene, Veränderung der Preispolitik auf der Verbraucherebene, Maßnahmen zur Senkung des Energie- und Materialverbrauchs, Kombinatbildung) wurden durchgeführt. Vieles davon war in die Konzeption des Fünfjahrplans nicht eingegangen, der Plan machte eher den Eindruck einer einfachen Fortschreibung der Vergangenheit. Beispiel: Weder in der Direktive noch im Plan selbst tauchte der Begriff „Mikroelektronik“ auf, der 1977 geradezu zum Zauberwort für die weitere Entwicklung geworden ist.

Insgesamt sind die Ziele des Fünfjahrplans nicht erreicht worden. Insbesondere die Wachstumsbeschleunigung in der Industrie konnte nicht durchgesetzt werden, vielmehr gab es eine Abschwächung in den Zuwachsraten. Das größte Problem brachte der Außenhandel. Zwar ist die Ausfuhr der DDR um durchschnittlich jährlich 10 vH gestiegen, die Zunahme der Einfuhr war jedoch ebenso groß. Die DDR hatte erhebliche Defizite in der Wa-

renbilanz. Die Nettoverschuldung gegenüber westlichen Ländern erreichte mehr als 10 Mrd. US-Dollar.

Der Fünfjahrplan 1981 bis 1985 sah eine offensive Strategie für den Abbau der außenwirtschaftlichen Belastung vor. Das Wachstum sollte beschleunigt und damit der Export erhöht werden. Die abrupte Umkehr in der Haltung der westlichen Banken 1981/82 machte den Zwang zur Reduzierung der Westverschuldung noch größer und die Knappheit an Ressourcen noch drückender als ursprünglich angenommen. Die DDR reagierte mit einer z.T. drastischen Reduzierung von Westimporten bei gleichzeitiger Steigerung ihrer Ausfuhren. Die Konsequenz waren Engpässe im Inland sowie eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums auf weniger als 3 vH (1982).

Entstehung und Verwendung des Nationaleinkommens zeigten 1981 bis 1985 im Durchschnitt folgenden Verlauf (reale jährliche Veränderung in vH, errechnet unter Einbeziehung aller Jahreswerte):

Produziertes Nationaleinkommen	+ 4,3
Verwendetes Nationaleinkommen	+ 0,2
davon	
Akkumulation (= Investitionen	
+ Vorratsveränderung)	- 5,3
Individuelle Konsumtion	+ 2,2
Gesellschaftliche Konsumtion	+ 0,9

Fast die gesamte Zunahme der Produktion ist zur Verbesserung der Leistungsbilanz eingesetzt worden; die inländische Verwendung ist kaum gestiegen. In diesem begrenzten Rahmen hat man offenbar versucht, den Verbrauch der Bevölkerung soweit wie möglich abzuschirmen. Die Knappheit ging auf Kosten der Investitionen und verschlechterte zusätzlich den ohnehin kritischen Zustand vieler Anlagen.

In diesen fünf Jahren zeigte die Planwirtschaft der DDR ihre Stärken und ihre Schwächen. Auf der positiven Seite konnte mit administrativen Maßnahmen und straffer Lenkung die bedrohliche Finanzierungssituation im Außenhandel überwunden und eine Schuldenkrise vermieden werden. Auf der negativen Seite sind die Forderungen nach höherer Qualität und Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Produktion weitgehend unerfüllt geblieben. Die Konsolidierung im Außenhandel beruhte zum großen Teil auf einer Drosselung der Importe; beim Export waren es Mineralölprodukte, die zur Beseitigung der Liquiditätskrise eingesetzt wurden. Eine Exportoffensive in den Bereichen Investitionsgüter und Verbrauchsgüter scheiterte an der Unfähigkeit, Produkte in international wettbewerbsfähiger Qualität und Technik herzustellen.

Mit dem Fünfjahrplan 1986 bis 1990 sollte das zuletzt erreichte Wachstum stabilisiert werden. Als Wachstumsmotor wurden Forschung und Entwicklung sowie die „Schlüsseltechnologien“ angesehen. Der Glaube an die rasche Wirksamkeit dieser Faktoren war eine der Illu-

sionen dieser Planung, eine andere war die Fehleinschätzung des Außenhandels. Die sinkenden Erdölpreise reduzierten die Erlöse der DDR aus dem Verkauf von Mineralöl und Mineralölprodukten in das westliche Ausland. Da man erneute Defizite im Warenhandel unbedingt verhindern wollte, wurden die Importe entsprechend gedrosselt. Dies reduzierte die Einfuhr von Vorprodukten und Investitionsgütern, so daß sich die Wachstums- und Exportschwäche auf diese Weise von selbst reproduziert hat. 1986 bis 1988 hat sich die DDR-Wirtschaft immer mehr vom Wachstumspfad des Fünfjahrplans entfernt.

Das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Durchschnitt der Fünfjahrplanperioden zeigte folgendes Bild:

	1971/75	1976/80	1981/85	1986/88
Produziertes Nationaleinkommen	5,3	4,1	4,3	3,8
Industrieproduktion	6,3	4,7	4,2	3,5
Verwendetes				
Nationaleinkommen	5,0	4,0	0,2	4,5
Nettoinvestition				
produzierende Bereiche	0,7	2,9	- 7,4	14,7
Investitionen nicht-				
produzierende Bereiche	7,8	4,7	0,6	3,7
Vorratsveränderung	2,9	2,9	-15,5	-10,1
Individuelle Konsumtion	5,0	4,1	2,2	4,0
Gesellschaftliche Konsumtion	8,5	4,6	0,9	4,8

Eine Abschwächung des Wachstums ist unverkennbar, bei der Verwendung zeigt sich der Vorrang des Verbrauchs vor den Investitionen. Der Anteil der Investitionen im produzierenden Bereich am verwendeten Nationaleinkommen ist kontinuierlich zurückgegangen (1970: 16,1 vH, 1975: 14,8 vH, 1980: 12,4 vH, 1985: 8,1 vH); erst in den letzten drei Jahren hat sich dies geändert. Im Ergebnis wurden Ausbau und Modernisierung des Anlagevermögens in verhängnisvoller Weise vernachlässigt. Die heutige Bilanz zeigt die Folgen dieser Politik:

- das Anlagevermögen der Wirtschaft ist z.T. alt und in sehr schlechtem Zustand, die Infrastruktur — Telefon, Straßennetz, Eisenbahn, Stadtkerne — genügt nicht den Anforderungen, die Bevölkerung und Wirtschaft stellen;
- die Leistung je Beschäftigten ist im Durchschnitt nur halb so groß wie in der Bundesrepublik Deutschland;
- die Wettbewerbsfähigkeit der DDR ist kontinuierlich gesunken.

Die Hauptaufgabe des VIII. Parteitags, die Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus, ist von der DDR-Führung immer als wirtschaftspolitisches Ziel bestätigt worden, seit 1975 in der Formulierung „Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Diese Formel bedeutete vereinfacht, daß „nicht mehr verbraucht werden kann, als vorher produziert worden ist“. Als Kernstück des sozialpolitischen Programms wurde das Wohnungsbauprogramm bezeichnet.

Die 10. Tagung des ZK der SED im Oktober 1973 faßte den Beschluß, in den Jahren 1976 bis 1990 rund 2,8 bis 3,0 Mill. Wohnungen neu zu bauen oder zu modernisieren und damit „die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen“. Die sozialpolitischen Maßnahmen umfaßten lohnpolitische Maßnahmen (einschließlich der Regelungen über Urlaub und Arbeitszeit), Maßnahmen zur Verbesserung der Renten und anderer Transfereinkommen sowie familienpolitische Maßnahmen (Arbeitszeitregelungen für berufstätige Mütter, Förderung der jungen Ehen und der Geburtenentwicklung). Außerdem wurde die Produktion von Konsumgütern angekurbelt. Im Oktober 1972 gab es dazu einen offiziellen Beschluß des Sekretariats des ZK der SED. Viele Bereiche wurden von da an bei den Investitionen vorrangig bedient. Neubau und Erweiterung der Kapazitäten gab es insbesondere dort, wo ein Zusammenhang mit dem Wohnungsbauprogramm bestand, so bei Teppichen, Gardinen und Möbeln.

Das gesamte Programm trug die Handschrift von Erich Honecker, für den die soziale Sicherheit ein Ziel von höchster Priorität war. Gleichwohl ist die „Hauptaufgabe“ von den wirtschaftlichen Turbulenzen nicht unberührt geblieben. Dies galt nicht für den Wohnungsbau, der mit großer Konsequenz vorangetrieben worden ist. Bei der Steigerung des Lebensstandards zeigten sich jedoch schon Mitte der siebziger Jahre erste Indizien einer Verlangsamung. Die Förderung der Konsumgüterproduktion hörte 1978 auf, die Wachstumsraten der Produktion schwächten sich zusehends ab. Seit 1979 ist die Lohnquote gesunken. In den achtziger Jahren wurde die Entwicklung noch differenzierter. Die Produktion von Konsumgütern wurde schon immer zu rund 50 vH exportiert; dieser Anteil ist im Zuge der Exportanstrengungen der DDR weiter gestiegen. Es kam zu einer Entkoppelung des inländischen Angebots von der Produktionsentwicklung. 1982/83 war die Warenbereitstellung z.T. sogar rückläufig.

Erich Honecker hat gerade in diesem Kernbereich seiner Politik den größten Fehlschlag erlebt. Die sozialpolitischen Programme waren einerseits zu groß angelegt: Wohnungsbau und Verbesserung der Versorgung reduzierten die Möglichkeit der Investitionen im produzierenden Bereich. Andererseits blieb die Erhöhung des Lebensstandards hinter den Erwartungen der Bevölkerung zurück. Die Lebensbedingungen in der DDR wurden zu einem der wesentlichen Kritikpunkte an dem bestehenden System.

Punkt 1 war die Kritik an der Lohnpolitik. Von der Theorie her war das dominierende Prinzip der Einkommensverteilung in der DDR das Leistungsprinzip. In der Realität herrschte aber „Gleichmacherei“. Die Spanne von den unteren zu den oberen Einkommen war relativ gering. Beschäftigte mit höherer Verantwortung verdienten kaum mehr als andere. Die Prämien wurden gleichmäßig, „mit der Gießkanne“, ausgeschüttet. Höhere Leistung zahlte sich nicht aus, mit allen negativen Konsequenzen für die Motivation.

Punkt 2 war die Kritik am Angebot. Im Bereich der Grundversorgung war das Angebot einigermaßen gesichert, wenngleich auch hier das Einkaufen mühsam war und die Regale in den Verkaufsstellen gegen Abend häufig leer waren. Auf höhere Ansprüche war die DDR-Wirtschaft nicht eingestellt. Qualität, Sortimentsvielfalt, Mode, Design, Technik und Neuerungen wurden kaum angeboten.

Die Konzentration auf den Grundbedarf ging offenbar an den Bedürfnissen vorbei. Die DDR wendete erhebliche Mittel auf, um den Grundbedarf durch Subventionen vor Preissteigerungen zu schützen. Seit 1979 — als die Welle der planmäßigen Preissteigerungen auf der Betriebsebene bei den Fertigprodukten angekommen war — erhöhten sich die Subventionen für industrielle Konsumgüter. Mit der Agrarpreisreform verdoppelten sich die Subventionen für Nahrungsmittel. 1988 entfielen mit 50 Mrd. Mark fast 20 vH der Ausgaben des Staatshaushalts auf die Subventionierung der Verbraucherpreise. Weitere 16 Mrd. Mark waren notwendig, um das niedrige Mietenniveau zu finanzieren.

Unter ökonomischen Gesichtspunkten ist die Subventionspraxis unsinnig und verleitet zur Verschwendung. Dies ist in der DDR schon früh diskutiert worden. Im Herbst 1988 wurde die Politik offiziell damit gerechtfertigt, daß auf diese Weise für alle Menschen, auch die mit den niedrigsten Renten und Erwerbseinkommen, das Existenzminimum gesichert sei. Dabei war der sozialpolitische Effekt durchaus umstritten: Weil alle höherwertigen Produkte in der DDR zur Erzielung von Staatseinnahmen mit hohen Abgaben belastet sind, wurden gerade die unteren Einkommensbezieher von besseren Produkten ausgeschlossen.

Entscheidend aber war, daß die sozialpolitischen Maßnahmen nicht motivierend wirkten. Sie gehörten nach einiger Zeit zu den Selbstverständlichkeiten. Motivation aber setzt das Besondere und nicht das Selbstverständliche voraus.

10. Das Ende — ein neuer Anfang

Erich Honecker hatte die Verantwortung in einer Zeit, die international von vielen Problemen gekennzeichnet war. Auf dem Weltmarkt wurden die Rohstoffe teurer und der Konkurrenzkampf härter; neue Technologien wurden entwickelt. Risikofreude, Kreativität und Flexibilität waren gefragt — und gerade darin ist eine Planwirtschaft unterlegen. Als Mitte der siebziger Jahre das ganze Ausmaß der weltwirtschaftlichen Veränderungen offenbar geworden ist, hat man viele Veränderungen des Wirtschaftsmechanismus entwickelt. Dabei wurde aber immer der typische Weg einer Planwirtschaft beschritten: Das Instrumentarium wurde verbessert und verfeinert, ohne das ganze System anzutasten.

Auf die grundsätzlich anderen Vorstellungen, die in der Sowjetunion mit dem Namen von Generalsekretär Gorbatschow verbunden sind, hat die Wirtschaftsführung der DDR sehr reserviert reagiert und auf ihr gut funktionierendes System der sozialistischen Planwirtschaft verwiesen. Zweifellos war die Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft — verglichen mit der der Sowjetunion — hoch. Verständlich war auch, daß Erich Honecker sein Lebenswerk nicht dem Risiko aussetzen wollte, das mit einer radikalen Reform unweigerlich verbunden ist. Als Insel der Beharrung in einer sich verändernden Welt wurde die DDR für die eigene Bevölkerung aber immer fragwürdiger, zumal die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht mehr zu übersehen waren. Die Motivation der DDR-Bevölkerung wurde zusehends geringer.

Über die Grenzen Ungarns, über die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Polen und der CSSR sind im Sommer 1989 viele DDR-Bewohner geflüchtet. Am 9. November 1989 wurde die Mauer geöffnet, die Ausreisewelle schwoll an, ein Ende ist nicht in Sicht. Die Zahl aller

Ausreisen betrug 1989 rund 350 000. Von 1984 bis 1989 hat die DDR 500 000 Einwohner und rund 350 000 Erwerbstätige verloren, das sind bei 9,5 Mill. Berufstätigen mehr als 3 vH. In einigen Regionen und Berufsgruppen ist dieser Verlust sehr spürbar.

Die 11. Tagung der Volkskammer hat am 13. November 1989 Hans Modrow zum Ministerpräsidenten gewählt, die Wahl der Regierung folgte am 18. November 1989. Ministerien und Institutionen wurden umgestaltet, Volkskammer und Regierung setzten sich aber immer noch aus den traditionellen Parteien und Gruppierungen zusammen. Viele neue Parteien sind seitdem entstanden; Wahlen wurden für den 18. März 1990 angesetzt. Der politische Wandel in der DDR war atemberaubend.

Mit der Amtsenthebung von Erich Honecker und Günter Mittag ist auch eine wirtschaftliche Epoche beendet. Die Planwirtschaft gehört der Vergangenheit an. Einführung von Marktwirtschaft, Währungsunion, Sozialunion und Wirtschaftsunion mit der Bundesrepublik Deutschland stehen auf der Tagesordnung.